Die Oberbürgermeisterin

stadt aachen

Protokollauszug
Sitzung des Finanzausschusses vom 25.02.2025

Zu Ö 4 Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen: Antrag zur Tagesordnung der Faktion Die Linke zur Kenntnis genommen
FB 22/0054/WP18

Ratsherr Deumens sagt die Vorlage sei leider erst kurzfristig in das Ratsinformationssystem eingestellt worden. Eine Erläuterung des Sachstands könne nichtsdestotrotz gegeben werden.
Aus seiner Sicht handele es sich um eine gute Vorlage, da sowohl positive, als auch negative Aspekte hervorgehoben würden. Sein Eindruck sei, dass eine positive Sichtweise auf dieses Thema in der Verwaltung vorherrschen würde. Diese Vorlage sei daher ein wichtiger Aufschlag für die politische Diskussion.

Ratsherr Szagunn findet, dass die Vorlage recht schnell erstellt worden sei, wenn man bedenke, dass der Antrag hierzu erst vor wenigen Wochen gestellt worden sei.

Ratsherr Baal begrüßt die zeitnahe Informationslieferung. Es sei aus seiner Sicht nachvollziehbar, dass der Antrag hierzu zeitnah nach dem Rechtsentscheid zum selben Thema in Tübingen gekommen sei.
Die CDU-Fraktion wolle neue Einnahmequellen jedoch erst dann eröffnen, wenn das Aufwands- und Ertragsverhältnis positiv sei. In diesem Fall sei jedoch die erwartbare Belastung des Haushalts zu groß. Oftmals seien bei solchen neuen Vorhaben die Ausgaben sehr schnell fix, während die Einnahmen lange Zeit vage blieben. Eventuell ließe sich dieser Sachverhalt in der späteren Beratung im zweiten oder dritten Quartal dieses Jahres mit der Bettensteuer kombinieren. Die CDU-Fraktion sei jedenfalls nicht begeistert, da sie einen sechsstelligen Aufwand erwarte.

Frau Grehling schildert, dass die Transparenz und Effektivität einer Verpackungssteuer in Tübingen nachgefragt und geprüft worden seien. Auslegungen und Rechtsfragen seien in der Umsetzung nicht einfach zu behandeln. Eine grundlegende Erhöhung des Aufwands werde niemals von ihr als Kämmerin empfohlen werden. Sie wisse nicht, ob sich das Aufwands- und Ertragsverhältnis irgendwann einpendeln werde. Sie sehe praktische Komplikationen. Auch, da fiskalischer und umweltrelevanter Ertrag oftmals schwer gemeinsam zu erzielen seien. Ihre Empfehlung sei es daher, von Anderen zu lernen und den Lernprozess nicht zwingend selbst zu durchlaufen.

Frau Dr. Michulitz sagt, sie hielte es für schlauer abzuwarten, was andere Städte machen. Eine Verpackungssteuer sei sicher keine primäre Einnahmequelle für die Stadt, erscheine jedoch sinnvoll hinsichtlich der Förderung bewussten Einkaufens, der Sauberkeit in der Innenstadt und des Umweltschutzes.
Es sei sicher klug, diesen Sachverhalt mit der Bettensteuer gemeinsam zu beraten, da es mit der Dehoga einen einheitlichen Ansprechpartner gäbe.

Ratsherr Pilgram sagt, bei der Verpackungssteuer handele es sich um eine Lenkungssteuer. Die potentielle Steuer könne als Druckmittel genutzt werden, um Anreize zur Müllvermeidung zu geben. Die Steuer sei eine Alternative zu einem Fallmanagementsystem oder ähnlichen Lösungen.

Beschluss:
Der Finanzausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 250131_TO-Antrag_FinA_Verbrauchssteuer_Einwegverpackungen

Fraktion Die Linke. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Ausschussvorsitzender
Ratsherr
Boris Linden
Tielmanweg 26
52074 Aachen

Fraktion Die Linke
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 31. Januar 2025

Antrag zur Tagesordnung des Finanzausschusses
Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen

Sehr geehrter Herr Linden,

bitte setzen Sie folgendes Thema auf die Tagesordnung des Finanzausschusses

Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen

Wir bitten um einen Bericht der Fachverwaltung zur Bewertung einer möglichen Verbrauchssteuer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 2024.

Begründung

Zwischen Juni und November 2023 wurden verschiedene Bürger*innenanträge auf Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen gestellt. Aufgrund der rechtlichen Unsicherheit beschloss das Bürgerforum am 5. März 2024, das Thema nicht weiterzuverfolgen.

Nachdem die Einsprüche gegen die in Tübingen erhobene Steuer durch das Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen wurden, sollte die Angelegenheit neu bewertet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens Ulla Epstein Tim Wende